

29. Juni 2011

JMD Barroso, Präsident der Europäischen Kommission
Kommissare und Einrichtungen der Europäischen Kommission
Mitglieder des Europäischen Parlaments
Vertreter der Mitgliedstaaten

Öffentliche Forschung soll der Gesellschaft, nicht gewinnorientierten Großunternehmen dienen

Offener Brief zur gemeinsamen Strategie für die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation

Die Prioritäten und die Finanzierung der Forschung von heute werden einen entscheidenden Einfluss auf die Zukunft unserer Gesellschaften und unseres Planeten haben. Die EU-Forschungsstrategie muss sich zwingend stärker an den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Umwelt ausrichten als an den Bedürfnissen gewinnorientierter Großunternehmen.

Unsere Gesellschaften stehen vor großen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Nicht „Business as usual“ ist angebracht, sondern wir brauchen einen radikalen gesellschaftlichen Wechsel, um diese Herausforderungen zu meistern. Forschung und Technologie müssen eine wesentliche Rolle spielen, aber sie müssen – v.a. wenn sie öffentlich finanziert werden – allen Teilen der Gesellschaft zu Gute kommen.

In diesen Zeiten des raschen Wechsels spielen Forschung und Innovation eine zweifache Rolle: sie ermöglichen die Erweiterung des Wissens und eine wissensbasierte Entscheidungsfindung, sie tragen aber auch zur Entstehung von Problemen bei. Bei der Forschung zu Kernenergie, Pharmaprodukten, landwirtschaftlich genutzter Gentechnik, synthetischer Biologie, Nanotechnologien, Weltraum und Militär – zum Beispiel – ist es gewinnorientierten Großunternehmen in der Vergangenheit gelungen, großzügige öffentliche Fördermittel zu erlangen, obwohl es breite Bedenken hinsichtlich ihrer ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen gab. Auf diese Weise wurden die verfügbaren Fördermittel für die Forschung in wichtigen Bereichen wie Umweltschutz, Gesundheitsvorsorge, organischer und schadstoffreduzierter Landwirtschaft, Energieeinsparung und erneuerbare Energien, Giftstoffe, Wasserversorgung, ökologisch nachhaltige Fischerei ebenso an den Rand gedrängt wie die Forschung in den Sozialwissenschaften, die zu gesellschaftlichem Wandel und zu einer Problemlösung beiträgt, die nicht auf technologische Reparaturen gerichtet sind.

Forschung, die Gewinnmaximierung und Marktanteile zum Schwerpunkt macht, ist nicht in der Lage, die sozialen und ökologischen Herausforderungen zu meistern, vor denen Europa heute steht, weil gerade diese Herausforderungen Alternativen zu den vernichtenden Auswüchsen einer wirtschaftlichen Entwicklung erfordern, die auf schnelles Wachstum und hohe Gewinne setzt. Die europäische Forschung sollte eher solche Innovationen fördern und sich auf solche Vorhaben konzentrieren, die Lösungen bieten, als in Technologien zu investieren, die nur die Symptome und nicht die Ursachen der Probleme angehen, vor denen die Gesellschaft steht.

Wir haben daher große Bedenken, dass die Europäische Strategie für das Jahr 2020 und das EU-Vorzeige-Vorhaben zur Innovation Forschung und Innovation nahezu ausschließlich aus der Perspektive des Wettbewerbs betrachten. Es entwirft eine Gesellschaft, die sich von technologischen „Reparaturen“ anstelle von sozialpolitisch begründeten Lösungen leiten lässt und birgt die Gefahr einer unakzeptablen Bevorzugung von unternehmerischen Interessen für die kommende EU-Forschungsstrategie (2014 – 2010).

Viele der unterzeichnenden Organisationen, die in einem breiten Feld von sozialen und ökologischen Themen und Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit arbeiten, haben ihrer Sorge über die Bevorzugung unternehmerischer Interessen im laufenden EU-Forschungsprogramm „FP7“ Ausdruck verliehen. Wir haben auf Probleme hingewiesen, wie z.B. die Beherrschung der Europäischen Technologieplattformen (ETPs) und „informeller“ themenbestimmender Einrichtungen wie des European Security Research and Innovation Forum durch Industrievertreter. Diese Kanäle schaffen einen strukturellen Interessenkonflikt, indem sie den Industrielobbyisten gestatten, die EU-Forschungsthemen zu bestimmen und anschließend die verfügbaren öffentlichen Fördermittel zu erhalten. Der systematisierte Ausbau der öffentlich-privaten Forschungspartnerschaften, den die Europäische Kommission plant, wird diese Probleme verschärfen und sozialpolitisch orientierte Innovation untergraben.

Obwohl die EU Forschungsvorhaben gefördert hat, die drauf abzielen, Alternativen an den Rändern ihres laufenden Programmes ausfindig zu machen und zu fördern (insbes. in ihrem Wissenschafts- und Gesellschaftsprogramm), haben wir Bedenken, dass diese bereits beschränkten Möglichkeiten im künftigen Programm weiter eingeschränkt werden.

Ethische Bedenken gegen viele umstrittene Technologien, die die EU bereits fördert, wurden ebenfalls an den Rand gedrängt. Die ethischen Richtlinien der EU und ihre internen Regelkonformitätsmechanismen müssen dringend überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass die dringend benötigten Debatten über die Auswirkungen neuer Technologien bedacht und als Teil der gesamten Forschungsstrategie betrachtet werden. Insbesondere die Rolle der Gesellschaftswissenschaften sollte nicht darauf verengt werden, die „Akzeptanz“ von Technologien sicherzustellen.

Eine Forschung, die Europa (und die Welt) zu einem ökologisch nachhaltigen, gesunden und friedlichen Ort machen soll, muss den Vorrang vor einer Forschung erhalten, die marktfähige Technologien liefert. Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft und Wissenschaftsorganisationen, denken, dass eine andere Forschungs- und Innovationspolitik nicht nur möglich, sondern dringend notwendig ist, um auf die Herausforderungen zu reagieren, vor denen unsere Gesellschaften stehen. Wir rufen die EU-Institutionen dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, die

- den Irrglauben widerlegen, dass nur hochkomplexe und kostenintensive Technologien Nachhaltigkeit, Beschäftigung und Wohlfahrt schaffen können, und stattdessen den Schwerpunkt auf greifbare Lösungen für ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen legen;
- sicherstellen, dass das Konzept der Innovation lokal angepasste und soziale Formen der Innovation ebenso einschließt wie technologische Entwicklung, und Kooperation und Wissensaustausch zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Hochschulen ermöglichen, um das innovative Potential des Non-Profit-Sektors

zu erschließen;

- einen demokratischen, partizipativen und verantwortlichen Entscheidungsprozess für die Verteilung von Forschungsmitteln schaffen, der frei von Interessenkonflikten und Beherrschung durch industrielle Unternehmen ist, und die Zivilgesellschaft befähigen, eine gleichberechtigte Rolle bei der Festlegung der Forschungsschwerpunkte einzunehmen und an allen EU-Forschungsprogrammen teilzunehmen;
- sicherstellen, dass alle Experten, die EU-Forschungspolitiker beraten, in einem transparenten Verfahren berufen werden, um unparteiische und unabhängige Expertise zur Verfügung zu stellen, die frei von Interessenkonflikten ist; Beratungsgruppen und Technologieplattformen, die von der Industrie beherrscht sind, durch Einrichtungen ersetzen, die eine ausgewogene Darstellung der Standpunkte und Interessen bieten;
- sicherstellen, dass öffentlich geförderte Forschung einer breiteren Öffentlichkeit zu Gute kommt, indem sie für die nächste Gemeinsame Strategie systematisch gerechte Lizenzbedingungen (equitable access licensing) fordert und Strategien für Open-Source-Standards stärkt.

Unterzeichner:

CEO (Corporate Europe Observatory),
Friends of the Earth Europe,
EPA (European Public Health Alliance),
Test Biotech,
IFOAM,
Greenpeace Europe,
European Coordination Via Campesina,
QCEA (Quaker Council for European Affairs),
Statewatch, HAI Europe (Health Alliance International),
TNI (Transnational Institute),
BEUC (Bureau européen des unions de consommateurs),
CSF (Chercheurs sans frontières),
Fondation Sciences Citoyennes
ANME (Association of Natural Medicine in Europe)